

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Wir Franz Josef der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;

Apostolischer König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardien und Venetien, von Galizien, Podomien und Illirien; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Siebenbürgen und Graf der Szekler etc. etc.

geben den auf den 1. Juli d. J. nach Hermannstadt einberufenen Vertretern Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen kund und zu wissen:

Durch die Thronentsagung Unseres Allerdurchlauchtigsten Herrn Oheims, Sr. k. k. Majestät des Kaisers und Königs Ferdinand des Ersten, in Ungarn und Böhmen dieses Namens des Fünften, und durch die Verzichtleistung auf die Thronfolge von Seite Unseres Durchlauchtigsten Herrn Vaters, Erzherzog Franz Karl, k. k. Hoheit, zur Regierung in Unserem Reiche kraft der pragmatischen Sanction berufen, haben Wir Unsere Thronbesteigung am 2. Dezember 1848 allen Völkern Unseres Reiches verkündet.

Durch die im Anfange Unserer Regierung allenthalben eingetretenen politischen Wirren und deren Folgen waren Wir genöthigt, zur Rettung des Staates die Vollgewalt der Regierung durch eine Reihe von Jahren in Unsern kaiserlichen Händen zu vereinigen.

Während dieser Zeit haben sich in Unserer Monarchie die Elemente gemeinsamer organischer Einrichtungen durch die Gleichheit Unserer Unterthanen vor dem Gesetze, die allen Religionsgenossenschaften gewährte gesetzliche Anerkennung, die von Stand und Geburt unabhängige Aemterfähigkeit und die Allen obliegende gemeinsame und gleiche Wehr- und Steuerpflichtigkeit, durch die Beseitigung der Frohnen, anderer Lasten des Grund und Bodens und die Aufhebung der Zwischenzoll-Linie in Unserer Monarchie erweitert und gekräftigt, und tausend neue Fäden der verschiedensten öffentlichen und Privatinteressen haben die naturgemäße wirkliche und unlösliche Verbindung aller Länder und Völker Unseres Reiches befestigt.

Als Wir Uns nun in der Unsern landesväterlichen Herzen wohlthuenden Lage befanden, an die Stelle der unbeschränkten Ausübung der Herrschaftsgewalt eine die Theilnahme Unserer Unterthanen an der Gesetzgebung feststellende Verfassung treten zu lassen, mußten Wir es als Unsere Regentenpflicht erkennen, im Interesse Unseres kaiserlichen Hauses und Unserer Königreiche und Länder hierbei die Wahrung und Einheit der Monarchie zu wahren und allen Unseren Königreichen und Ländern die Bürgerschaften klar und unzweideutig feststehender Rechtszustände und einträchtigen Zusammenwirkens zu verleihen.

Wir haben zu dem Ende am 20. Oktober 1860 ein kaiserliches Diplom erlassen und mit diesem als beständiges unwiderrufliches Staatsgrundgesetz feierlich verkündet, daß in allen Theilen des Reiches das Gesetzgebungsrecht hinfort unter Mitwirkung der verfassungsmäßig berufenen Vertretungskörper ausgeübt werden soll.

Zur Ausübung dieses Rechtes in Bezug auf alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen Unseren Königreichen und Ländern gemeinsam (und im Art. II dieses Unseres kaiserlichen Diplomes näher bezeichnet) sind, wurde Unser Reichsrath bestimmt und in Erwägung, daß dieses Recht, um ins Werk gesetzt werden zu können, einer bestimmten Ordnung und Form der Ausübung bedarf, haben Wir rücksichtlich der Zusammensetzung des Reichsrathes und des ihm in Unserem kaiserlichen Diplom vom 20. Oktober 1860 vorbehaltenen Rechtes der Mitwirkung bei der

Gesetzgebung, mit Unserem kaiserlichen Patente vom 26. Februar 1861 das Grundgesetz über die Reichs-Vertretung genehmigt und ihm für die Gesamtheit Unserer Königreiche und Länder die Kraft eines Staatsgrundgesetzes verliehen.

Außer den im Art. II. Unseres kaiserlichen Diplomes vom 20. Oktober 1860 bezeichneten gemeinsamen Angelegenheiten der Gesetzgebung, worüber auch die Vertreter Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen in Gemeinschaft mit den übrigen Vertretern des Gesamtreiches zu berathen haben werden, sollen aber alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung verfassungsmäßig in und mit den betreffenden Landtagen der einzelnen Königreiche und Länder, und zwar in Unserem Großfürstenthume Siebenbürgen im Sinne seiner früheren Verfassung erledigt werden.

Allein nebst noch vielen anderen ist namentlich jener Theil der alten Verfassung des Großfürstenthums Siebenbürgen, welcher sich auf die Zusammensetzung des Landtages bezieht, in Folge der Aufhebung der Exemptionsstellung des Adels, der Frohnen und bauerlichen Leistungen und der Feststellung gleicher bürgerlicher Pflichten und Rechte für alle Klassen der Bewohner des Landes so wesentlich verändert worden, daß ein auf der Grundlage des Art. XI vom Jahre 1790-91 einberufener Landtag, wodurch der größte Theil des Volkes von der Ausübung politischer Rechte ausgeschlossen worden wäre, den wahren Landesinteressen entgegen nicht als eine solche wirkliche Vertretung der gesamten Bevölkerung des Landes ohne Unterschied der Geburt, des Standes, der Nationalität und Religion angesehen werden könnte und würde, welcher das unerläßliche moralische Ansehen innewohnt, um sowohl die inneren Angelegenheiten Siebenbürgens zur Befriedigung aller daselbst bewohnenden Volksstämme zu lösen, als auch Unsere wiederholt ausgesprochene landesväterliche Absicht bezüglich seiner staatsrechtlichen Verhältnisse zur Gesamtmonarchie zur Ausführung zu bringen.

Da die im Jahre 1848 beschlossene Union des Großfürstenthums Siebenbürgen mit Ungarn mit voller Gesetzeskraft niemals zu Stande gekommen und auch faktisch sogleich aus einander gefallen ist, so haben Wir Uns bereits in Unsern Entschliessungen vom 20. Oktober 1860 bewogen gefunden, dieselbe unberührt zu lassen, und nur die Wiederherstellung der siebenbürgischen Landesvertretung zu befehlen.

In Ermangelung einer anderen gesetzlichen und anwendbaren Grundlage war es eine gebieterische Regentenpflicht, für den auf den 1. Juli d. J. in Unserer k. k. Freistadt Hermannstadt einberufenen Landtag eine provisorische Landtagsordnung zu erlassen und die Wahlen der Abgeordneten für denselben nach den Bestimmungen dieser Landtagsordnung vornehmen zu lassen.

Im Vertrauen auf Unsere offen kundgegebenen Absichten, die staatsrechtliche Gestaltung des Reiches auf Grundlage der sorgfältig gewährten Selbstständigkeit der Länder und zugleich auf Grundlage jener Einheit, welche durch die notwendige Wahrung des Reiches gefordert ist, zu Stande zu bringen und dieses Werk, den Grundjahren einer offenen und freisinnigen Politik gemäß, in allen Theilen des Reiches einer gleichmäßigen Entwicklung entgegenzuführen, und zwar nach Recht und Billigkeit, mit Rücksicht auf die Vergangenheit der einzelnen Königreiche und Länder, so wie mit gleicher Liebe und Sorgfalt für jede der vielen edlen Nationen, welche unter dem Scepter Unseres Hauses seit Jahrhunderten brüderlich vereinigt sind; und

durchdrungen von der Nothwendigkeit, die vielen schwebenden wichtigen, ohne schwere Verletzung der Interessen eines jeden Einzelnen keine weitere Verzögerung duldbenden, inneren Fragen des Landes in

einer alle Klassen der Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität und Religion befriedigenden Weise zu lösen, so wie Unsere wiederholt ausgesprochene Absicht bezüglich der staatsrechtlichen Stellung Siebenbürgens zur Gesamtmonarchie verfassungsmäßig zur Ausführung zu bringen;

sind die von Uns zur Theilnahme an der Wahl der Landtagsabgeordneten berufenen Klassen der Bevölkerung diesem Rufe nachgekommen, und getragen von dem vollen ehrenden Vertrauen Eurer Mitbürger, seid Ihr Lieben Getreuen als die wirklichen Vertreter der Gesamt-Bevölkerung Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen gleichzeitig mit den durch Unser Vertrauen berufenen Männern erschienen.

Als dem versammelten gesetzgebenden Körper des Unsern Herzen theuern Großfürstenthums Siebenbürgen entbieten Wir Euch Lieben Getreuen daher Unsern landesväterlichen kaiserlichen, königlichen und großfürstlichen Gruß!

Groß und schwer sind die Aufgaben, welche der Lösung bedürfen.

Allein bei gegenseitiger Billigkeit und verständlicher Stimmung, bei einem für alle Theile heilsamen Einverständnisse, wird es Uns durch Vertrauen, durch Gerechtigkeit und Thatkraft gelingen, unter dem Beistande des Allmächtigen eine schöne erfreuliche Zukunft herbeizuführen.

Unser bevollmächtigter königlicher Landtagskommissär wird Euch Lieben Getreuen die Urkunde über die Thronentsagung Unseres Allerdurchlauchtigsten Herrn Oheims, Sr. k. k. Majestät des Kaisers und des Königs Ferdinand des Ersten in Ungarn und Böhmen, dieses Namens des Fünften, und über die Verzichtleistung Unseres Durchlauchtigsten Herrn Vaters Erzherzog Franz Karl, k. k. Hoheit, in beglaubigter Abschrift übergeben, und Wir stellen Euch überdies die Einsicht der in Unserm k. k. geheimen Hause, Hof- und Staatsarchive aufbewahrten Originalurkunde durch eine an Unser Allerböchstes Hoflager zu entsendende Deputation frei.

Dann wird Euch Lieben Getreuen Unser bevollmächtigter Landtagskommissär Unser in allen drei landesüblichen Sprachen feierlich ausgefertigtes kaiserliches Diplom vom 20. Oktober 1860 und das gleichfalls als kaiserliches Diplom ausgefertigte Grundgesetz vom 26. Februar 1861 über die Reichsvertretung vorlegen und Wir fordern Euch Lieben Getreuen auf, dieselben in die Landesgesetze im authentischen Texte und in den drei Landessprachen einzutragen.

Nachdem Wir seit dem Antritte Unserer Regierung zum ersten Male die Vertreter Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen landtäglich versammelt haben, würde es dem Herkommen entsprechen, daß Wir dem Beispiele Unserer Vorgänger glorreichen Andenkens folgend: Alle und die Einzelnen im Allgemeinen und Besondern in ihren Rechten, Gesetzen, Privilegien, Immunitäten und Befreiungen, welche nämlich diesem Unserm Großfürstenthume Siebenbürgen von weiland Sr. Majestät dem hochseligen Kaiser Leopold I., sei es diplomatisch, sei es durch andere diesem Diplome nachfolgende Entschliessungen und Bestätigungen gewährt und verliehen, und auch durch die Nachfolger desselben glorreichen Andenkens, Unsere Vorgänger, bekräftigt wurden, in der Art und Weise wie dieß zuletzt durch Sr. Majestät Unsern Allerdurchlauchtigsten Herrn Oheim, Kaiser Ferdinand I., als König von Ungarn und Böhmen dieses Namens des Fünften mittelst eines feierlichen Diplomes, in welches der Wortlaut des Leopoldinischen Diplomes aufgenommen wurde, stattgefunden hat, nicht nur gnädig bestätigen, sondern auch versichern, dieselben ungeändert aufrecht zu halten und das einzelne gültig Versprochene auch in Wirklichkeit zu vollführen.

Allein da eben auch jedes materielle Gesetz nach

den Forderungen der mit der Zeit wechselnden politischen und nationalen Interessen der Staaten und Völker naturgemäß manchen allmählichen progressiven Veränderungen unterworfen ist, so sind auch in Siebenbürgen die durch Uns wiederholt bekräftigte und zur Geltung gebrachte bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller Bevölkerungsklassen ohne Unterschied der Nationalität und Religion, so wie die allgemeine Wehr- und Steuerpflicht solche werthvolle Thatsachen, welche berechnete wirkliche Interessen geschaffen haben, und viele Bestimmungen des durch Uns bezogenen Leopoldinischen Diplomes und der darauf gefolgten Entschlüsse und Bestätigungen als nicht mehr ausführbar erscheinen lassen.

Hiezu kommt noch, daß Wir in der Erwägung, daß im Angesichte der Konzentration der Staatsgewalt in allen Ländern Europa's bei den höchsten Aufgaben die gemeinsame Behandlung für die Wahrung der Monarchie ein Gebot unabweislicher Nothwendigkeit geworden ist, die Ansprache der einzelnen Länder mit diesem Gebote politischer Nothwendigkeit ausgleichend, das hochwichtige Recht der Theilnahme an der Gesetzgebung in gemeinschaftlichen Angelegenheiten auf die Gesamtheit der Länder und Völker Unseres Reiches übertragen haben.

Wir können daher das Herkommen in Betreff des Leopoldinischen Diplomes nicht beobachten, weil die Ausführung so vieler Bestimmungen desselben thatsächlich unmöglich geworden ist, und es mit der Gerechtigkeit und Unserem Gewissen unvereinbar ist, etwas thatsächlich unmöglich Gewordenes zu bestätigen.

Indessen wollen Wir nach jener Zuneigung, von welcher Wir für Euch Lieben Getreuen und das ganze Uns theuere Großfürstenthum Siebenbürgen geleitet werden, zur erwünschten Veruhigung des Landes offen anerkennen und hiemit feierlich erklären, daß, wenn der innere staatsrechtliche Aufbau Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen und seine Beziehung zu Unserem Gesamtreiche hinsichtlich der endgültigen Feststellung der Art und Weise der Entsendung der Abgeordneten Siebenbürgens zum Reichsrathe verfassungsmäßig im Vereine mit Euch Lieben Getreuen zu Stande gebracht sein wird, es Unserem landesväterlichen Herzen zur Befriedigung gereichen werde, auf Euer allfälligen Wünsche und Bitten hierüber ein feierliches Diplom auszufertigen, welches auch durch Unsere Nachfolger jederzeit vor der Ablegung des Homagiums zu bestätigen sein wird.

Um dieses Uns gemeinschaftlich vorgesezte hohe Ziel schneller zu erreichen, und die verfassungsmäßige Behandlung der vielen schwebenden wichtigen Fragen zu erleichtern und zu beschleunigen, werden Wir Euch Lieben Getreuen durch Unsern bevollmächtigten Landtagskommissär eine Reihe von hierauf Bezug nehmenden Gesegentwürfen vorlegen lassen, und zwar: über

1. die Durchführung der Gleichberechtigung der romanischen Nation und ihrer Konfessionen;
2. den Gebrauch der drei landesüblichen Sprachen im öffentlichen amtlichen Verkehr;
3. die Zusammensetzung und Ordnung des Landtages;
4. die entgeltliche Regelung der Art und Weise der Entsendung der Abgeordneten Unseres Großfürstenthums Siebenbürgen in den Reichsrath;
5. die zur leichteren Erzielung einer geordneten Verwaltung und Rechtspflege nothwendigen Veränderungen in der politischen Theilnahme des Landes;
6. die Regelung der öffentlichen Verwaltung, und
7. der Rechtspflege;
8. die Organisation der Gerichtsbehörden und insbesondere die Bildung des Gerichtshofes dritter Instanz;
9. die nothwendigen Ergänzungen und Erläuterungen einzelner Bestimmungen Unseres kaiserlichen Patentes vom 21. Juni 1854 über die Durchführung der Grundentlastung;
10. die Einführung der Grundbücher;
11. die Errichtung einer Hypothekbank.

Wir fordern Euch Lieben Getreuen hiemit auf, darüber im Sinne der Bestimmungen der für diesen Landtag erlassenen Geschäftsordnung die Verhandlungen zu pflegen und die durch Euch Lieben Getreuen zu Stande kommenden Gesegentwürfe Unserer Allerhöchsten Bestätigung zu unterbreiten.

Außerdem behalten Wir Uns vor, im Laufe der landtäglichen Verhandlungen Euch Lieben Getreuen noch über andere wichtige Angelegenheiten entsprechende Gesegentwürfe vorlegen zu lassen.

Durch die Rathschlüsse der Vorzehung sind Wir berufen, die Geschicke Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen über den schwierigsten aller Wendepunkte hinüberzuleiten.

Solche Aufgaben lassen sich nicht ohne das Bewußtsein der wahren Sachlage, der Nothwendigkeit und der großen Vortheile der glücklichen Lösung, ohne Anstrengung und mannhafte Ausdauer lösen, aber gelöst müssen sie werden.

Wir bauen auf die Gerechtigkeit der Sache, auf Eueren Lieben Getreuen gereifte Einsicht, patriotischen Eifer und jene Selbstbeherrschung, welche den Prinzipien der Duldsamkeit entspricht.

Ihr Lieben Getreuen werdet Unser Vertrauen thatsächlich rechtfertigen.

Und so möge denn dem Zusammenwirken Unserer vereinten Kräfte der Beistand Gottes nicht fehlen!

Denen Wir übrigens mit Unserer kaiserlich-königlichen und landesfürstlichen Huld und Gnade unveränderlich gewogen bleiben.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am 15. Juni, im Eintausend achthundert drei- und sechzigsten, Unserer Regierung im fünfzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Franz Graf Nádasdy m. p.

Auf Sr. k. k. Apostolischen Majestät

Allerhöchsteigenen Befehl:

Demeter Moldovan m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Die russische Antwort.

Laibach, 19. Juli.

Gestern Nachmittag hat der russische Gesandte in Wien, Graf Balabine, die russische Antwort dem Grafen Rechberg überreicht. Der wesentlichste Inhalt derselben soll folgender sein: Fürst Gortschakoff akzeptirt unter Vorbehalt näherer Prüfung und Diskussion die sechs Punkte, fügt jedoch hinzu, daß, wenn unter der im Punkte III geforderten selbstständigen Verwaltung auch ein national-polnisches Heer verstanden werde, Kaiser Alexander II. hierauf nach den im Jahre 1831 gemachten Erfahrungen niemals eingehen könne. Was den Wunsch der Mächte betrifft, daß von russischer Seite dazu die Initiative ergriffen werde, dem Blutvergießen in Polen Einhalt zu thun, so sei es Angesichts des Zustandes der großen Aufregung, in welchem sich Armee und Bevölkerung Rußlands befinden, äußerst schwer, eine solche durchzuführen. In Betreff der vorgeschlagenen Konferenz vermag Fürst Gortschakoff nicht einzusehen, was dieselbe bezwecken solle, nachdem man im Wesentlichen einverstanden sei. Ein Austausch von Erklärungen unter den Mächten, eine Verhandlung von Kabinet zu Kabinet würde genügen.

Ein Urtheil über die Aufnahme zu fällen, welche diese russische Antwort in Wien, Paris und London finden wird, ist keine leichte Sache, fügt die „Presse“ hinzu. Im Grunde lehnt Rußland ohne weiters ab, denn die vom Fürsten Gortschakoff ausgesprochene bedingte Annahme der sechs Punkte ist nur ein Manöver, um Stoff zu Unterhandlungen zu gewinnen, mit Hilfe welcher die Zeit und die Polen nacheinander todgeschlagen werden können. Die Ablehnung der Waffenruhe ist eine definitive; bezüglich der Konferenz scheint Rußland das letzte Wort noch nicht gesprochen zu haben. Man kann aus dieser russischen Antwort eben machen, was man will. Nachdem die drei Mächte den Fall, Zwangsmittel gegen Rußland in Anwendung zu bringen, nicht erwogen haben, und der Versuch Frankreichs, im Hinblick auf diese Eventualität, eine Gemeinsamkeit der Aktion zur Vereinbarung zu bringen, an dem Widerstande Oesterreichs und Englands gescheitert ist, so wird Fürst Gortschakoff seinen Zweck, die Verschleppung der Unterhandlungen bis zum Eintritt irgend eines frappanten, ungeheuerlichen fait accompli, das den Mächten Schweigen auferlegt — aller Wahrscheinlichkeit nach erreichen.

Der Staatsvoranschlag für 1864.

Wir geben im Nachstehenden aus dem Vortrage des Herrn Finanzministers v. Plener jenen Theil, welcher die Hauptziffern des Voranschlags bespricht.

Die ordentlichen Staatsausgaben werden präliminirt: in den 12 Monaten November 1863 bis Oktober 1864 mit

in den 2 Monaten November und Dezember 1864 mit

zusammen mit

Diesem Erfordernisse gegenüber

sind die ordentlichen Staatseinnahmen veranschlagt: in den Monaten November 1863 bis Oktober 1864 mit

in den Monaten November und Dezember 1864 mit

zusammen mit

Dieselben werden daher vor-

ausichtlich nicht nur zur Bedeckung des Gesamtaufwandes der regelmäßigen Verwaltung hinreichen,

sondern es bleibt noch ein Betrag von

verfügbar, um zur Bestreitung der zur Zeit unvermeidlichen außerordentlichen Staatsausgaben verwendet zu werden.

Die außerordentlichen Ausgaben stellten sich im Jahre 1864, und zwar:

1. in den Monaten November 1863 bis Oktober 1864 auf

2. in den Monaten November und Dezember 1864 auf

zusammen auf

Hievon entfallen:

1. auf die Kosten der gesamten Zivilverwaltung (vorübergehende Zahlungen, Kapitalanlagen, Subventionen und Dotationen)

2. auf das Heer und die Flotte

3. auf die Tilgung der fundirten und der schwebenden Schuld

4. auf Vorschüsse und Rückzahlung der Schuld an die verschiedenen Grundentlastungsfonds

Zieht man von dem Gesamtbedarfe des außerordentlichen Erfordernisses pr.

den oben nachgewiesenen Ueberschuß der ordentlichen Staatseinnahmen per

ab, so bleibt noch durch die außerordentlichen Staatseinnahmen zu bedecken ein Betrag von

Hievon wird durch die Fortdauer der oben näher erörterten, mit dem Finanzgesetze vom 19ten Dezember 1862 eingeführten Erhöhungen der direkten Steuern, der Zuckersteuer, dann der Stempel und Gebühren, ferner durch die sonstigen außerordentlichen Einnahmen (insbesondere aus Staatsgüterverkäufen) ein Betrag von

bedeckt, wonach für die ganze vierzehnmönatliche Finanzperiode 1862 noch ein Abgang von

zu bedecken sein wird.

Dieser Betrag des der Finanzperiode 1864 treffenden Abganges ist geringer als die Summe der in derselben stattfindenden Zurückzahlungen der fundirten und schwebenden Schuld in der Summe von Gulden

55,466,396 daher die bisher präliminirten Einnahmen zur Deckung aller ordentlichen, dann der außerordentlichen Ausgaben (ohne die Schuldentilgung) und selbst noch zur theilweisen Bestreitung der Schulden-Tilgung hinreichen.

Der Abgang von 49,655,046 fl. in der Finanzperiode 1864 ist aber ein ganz außergewöhnlicher, welcher eben nur diese Periode ausnahmsweise aus folgenden besonderen Ursachen trifft:

Die vierzehnmönatliche Dauer der Budgetperiode bringt wegen der bereits früher berührten Fälligkeit besonders starker Zahlungen in den zwei Mal vorkommenden Monaten November und Dezember ganz außerordentliche, in einer gewöhnlichen zwölfmonatlichen Finanzperiode nicht vorkommenden Lasten. Von diesen Zahlungen erwähne ich hier nur die Bankrate mit 9,136,000 fl., die Rückzahlungsquote des Steuer-Anlehens mit 3,000,000 fl., die Grundentlastungszahlungen im Monate November (deren selbst theilweise Refundirung erst in späteren Monaten stattfindet) mit 7,470,237 fl. Das nur einmalige Vorkommen dieser Posten in jedem der nächsten bloß zwölfmonatlichen Budgets wird deren Ausgabebetrag bedeutend erleichtern. Eine bei den späteren Budgets hinzutretende weitere Erleichterung beginnt nach dem Jahre 1866 durch den gänzlichen Wegfall selbst einer einmaligen jährlichen Bankrate mit 9,136,000 fl. und der jährlichen Steueranlehensrate mit 6,000,000 fl.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 17. Juli.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Necşery, Degenfeld, Laffer, Plener, Wickenburg, Burger, Hein.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurden Urlaubsgesuche erledigt, worauf eine Interpellation an das Finanz- und Handelsministerium, eingebracht von dem Abg. Dr. Stamm und Genossen, vorgelesen wird. Diese stellen die Anfrage: „Werden von Seite der Regierung die von den Eisenbahngesellschaften auf eigenen Werken erzeugten Schienen, sowohl im Interesse der vom Staate gewährten Zinsengarantie als auch zur Sicherheit des Verkehrs“

den Publikums einer gleichen Ueberwachung und Prüfung unterzogen, wie sie bei den auf anderen Werken erzeugten Schienen stattfinden?" (Der Handelsminister Wickenburg erklärt, die Petition in einer der nächsten Sitzungen beantworten zu wollen).

Nachdem noch die eingelaufenen Petitionen vorgelesen sind, ertheilt der Präsident dem Finanzminister Plener das Wort. Derselbe erhebt sich und bringt mit einem längeren Vortrag den bereits in der letzten Sitzung angekündigten Staatsvoranschlag für die Finanzperiode vom November 1863 bis Ende Dezember 1864 ein.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Der erste Gegenstand derselben ist die erste Lesung der Regierungsvorlage, die Konkursordnung betreffend. Herr St. beantragt dieselbe an einen aus dem Hause zu wählenden Ausschuss von 12 Mitgliedern zu weisen. Da der zweite Gegenstand der Tagesordnung die erste Lesung des von Dr. Berger Namens der niederösterreichischen Advokatenkammer eingebrachten Entwurfes einer Konkursordnung ist, ertheilt der Präsident dem Dr. Berger das Wort zur Begründung seines Antrages, bevor zur Wahl des Ausschusses geschritten wird.

Dr. Berger setzt die Motive auseinander, welche die n. ö. Advokatenkammer bewogen haben, diesen Entwurf einzubringen, beantragt aber, da eine paritätische Behandlung der Regierungsvorlage und des Entwurfes der Advokatenkammer nach der Geschäftsordnung nicht thunlich ist, das hohe Haus wolle beschließen: Der Entwurf der Advokatenkammer sei dem Ausschusse für die Regierungsvorlage „zur eingehenden Beachtung“ zuzuweisen. Das Haus stimmt diesem Antrage bei, worauf zur Wahl des Ausschusses geschritten wird. (Das Striktum wird außerhalb des Hauses vorgenommen.)

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 17. Juli. Das Budget für die Finanzperiode 1864 besteht aus 33 größeren und kleineren Heften mit 230 Druckbogen. Ein schwaches Heft von nur 25 Seiten mit der Ueberschrift: Staatsvoranschlag für das Jahr 1864 enthält in der ersten Hälfte die Hauptziffern des Erfordernisses und in der zweiten jene der Bedeckung, ein zweites nicht stärkeres das eigentliche Finanzgesetz; ein drittes, ein ziemlich dicker Band, umfaßt Erläuterungen des Staatsvoranschlages; alle übrigen Hefte sind als Beilagen bezeichnet und geben die Begründung der Hauptziffern durch die einzelnen Positionen. Sie zerfallen selbst wieder in 6 Bände, von denen der erste den Hofstaat, die Kabinettskanzlei Sr. Majestät, den Reichsrath, Staatsrath, Ministerrath, das Ministerium des Aeußern, das Staatsministerium und die drei Hofkanzleien; der zweite und dritte Band das Finanzministerium; der vierte die Ministerien für Handel und Volkswirtschaft, der Justiz, der Polizei, der obersten Kontrollbehörde; der fünfte das Kriegsministerium und der sechste die (Kriegs- und Handels-) Marine umfaßt. Außerlich präsentiert sich das Budget heuer in Quart- statt Folioform.

Lemberg, 16. Juli (Nachts). Die „Gazeta Narodowa“ berichtet als gewiß, daß der Bezirk Rowne zufolge Einrückens des Traugotischen Korps aufgestanden und im Owruckischen eine allgemeine Erhebung erfolgt ist. Bei Zaslaw sollen die Insurgenten 83 Gefangene durch einen Ueberfall der Eskorte befreit haben.

Ausland.

Posen, 17. Juli. Die „Posener Ztg.“ meldet: Nach einem eingegangenen Telegramme hat bei Mloslaw am 15. d. M. ein Zusammenstoß zwischen preussischen Truppen und Insurgenten stattgefunden. Letztere, 300 Mann stark, haben sich in den Wäldern gesammelt und organisiert. Beim Nahen des preussischen Militärs wurde beiderseits geschossen, mehrere Insurgenten und ein Preuße sind gefallen, Andere wurden verwundet. 60 Insurgenten wurden gefangen.

— In **Mistretta** (Provinz Catanien) hat ein Soldat den Plafkommandanten Major Vottazzi erschossen, dann einen anderen Soldaten verwundet und schließlich sich selbst getödtet.

— Aus **Warschau, 12. Juli**, wird geschrieben: „Der heutige Sonntag wurde mit einem wichtigen Ereignisse in der Aufstandsgeschichte bezeichnet. Nach Jelincki's Abführung nach Petersburg und dem Bekanntwerden seiner strengen Haft in Gaischina erwartete man mit Spannung die Schritte, die der hiesige Alerus thun würde. Heute ist endlich die Krisis ausgebrochen. P. Rzewuski, kaum erst zum Koadjutor Jelincki's ernannt, und bisher für einen eifrigen Anhänger der russischen Regierung angesehen, ist heute mit einem Protest gegen das Verfahren der Regierung mit dem Erzbischof hervorgetreten, und hat in Folge der Gefangenhaltung des Oberhirten der ka-

tholischen Kirche in Polen eine allgemeine Kirchentrauer proklamiert. — Der Protest ist in sehr heftigen Ausdrücken gehalten, und ohne Zweifel wird Rzewuski jetzt ein ähnliches Schicksal wie sein Vorgänger erfahren. Rzewuski erklärt, daß die Kirche sich gegenwärtig in derselben Lage, wie nach dem Tode des verewigten Jizalkowski befinde, und eigentlich die Kirchen ganz geschlossen werden müßten. Zu den alten Gewaltthatigkeiten der Regierung, sagt Rzewuski, sind neue hinzugekommen. — In Folge der proklamirten Kirchentrauer dürfen keine Glocken geläutet werden, keine Orgel ertönen und keine Gesänge in den Kirchen stattdessen. Nur stille Messen dürfen gelesen werden u. s. w.

Heute wurde der Erlass des Koadjutors von allen Kanzeln verlesen. Der Andrang des Publikums in den Kirchen war außerordentlich. Die Priester ließen es natürlich auch nicht an allerlei Zusätzen fehlen. Vorige Nacht wurden viele Geistliche verhaftet und nach der Zitabelle abgeführt. Rzewuski soll zur Proklamirung der Kirchentrauer und Niederlegung seines Postens ausdrücklichen Befehl vom hl. Vater aus Rom erhalten haben, was jedoch angesichts der Mission des Kardinals Chigi nach Petersburg unglaublich erscheint. Daß man einen Aufstand in der Stadt fürchtet, beweist der Umstand, daß der Ober-Polizeimeister Lewschin einen Tagesbefehl erlassen hat, daß sämtliche Polizisten, Milizanten und Stadtsoldaten ihre Säbel scharfen zu lassen haben. Die Posten werden von den Insurgenten überall angegriffen. Man revidirt hauptsächlich die Regierungspakete, zuweilen auch Privatbriefe. So haben heute zwei hiesige Bankhäuser ihre Briefe mit dem Siegel der Nationalbehörde versiegelt und mit der Aufschrift: „Revidirt von der Nationalbehörde“ erhalten. Die Militärbehörden wollen entdeckt haben, daß die Postillone durch ihr Blasen den Insurgenten Zeichen geben. Um dem vorzubeugen, hat man den Postillonen die Trompeten abgenommen. Man sprach sogar davon, das ganze Postwesen einzustellen. Dagegen hat jedoch die Postdirektion energisch protestirt, da die Postkasse nicht im Stande sein würde, die Verbindlichkeiten der Postbehörden gegen dritte Personen zu erfüllen.

New-York, 4. Juli. Am 1. Juli wurde der Unionisten-General Reynolds bei Gettysburg angegriffen und zurückgedrängt. Er vereinigte sich mit Meade; am 2. Juli fand ein harter Kampf statt; es scheint, daß beide Theile ihre Stellungen behaupten, doch publizirt Lincoln Nachrichten vom 3. Juli Nachts, die einen größeren Erfolg der Unionisten behaupten. — Aus **La Chaux de Fonds, 13. Juli**, wird telegraphirt: Ludwig Vermeitinger, Gärtner aus Schopfheim im Großherzogthum Baden, gewann heute als erster deutscher Schütze einen Becher im Stande Rehrscheibe. Die Deutschen rechnen auf 50 Becher. Das Wetter ist herrlich.

Tagesbericht.

Laibach, 20. Juli.

Nachdem von Samstag Mittag an der Donnerstagsfortwährend, aber von ferne gerollt, brach endlich Abends ein solches Unwetter los, wie es noch wenig Leute erlebt haben. Die ganze Nacht hindurch bis Sonntags vor Mittag bligte und donnerte es unaufhörlich, und wahrhaft tropische Regengüsse strömten herab. Morgens um halb acht Uhr erschütterte ein furchtbarer Donnerschlag die Luft — der Blitz hatte in die deutsche Ordenskirche eingeschlagen, ohne jedoch einen größeren Schaden anzurichten, als daß das Dach an einer Stelle zerstört und viele Fensterscheiben zertrümmert wurden. Dem Wächter, der eben mit dem Aufziehen der Thurmuhre beschäftigt war, hat wunderbarer Weise der Blitz gar nichts gethan. In demselben Momente, als der Blitzstrahl in das Kirchdach fuhr, soll ein zweiter Strahl in den Seunigischen Stall, und ein dritter Strahl an dem Blitzableiter auf dem Landesgerichtsgebäude herabgefahren sein.

— In Spital, in Kärnten, verstarb vor einiger Zeit der Herr Dechant Einspinger, dessen Nachlaß sich auf 80.000 fl. beläuft, Universalerbe ist, wie die „Draupost“ schreibt, ein Neffe in Laibach. Wir gratuliren!

Wien, 18. Juli.

Ihre Majestät die Kaiserin wird, dem Bernehen nach, Donnerstag Riffingen verlassen und über Bamberg, Regensburg und Passau nach Wien zurückkehren.

— In den Gebirgen bei Reichenau wurde vorgestern die erste diesjährige Hofsagd abgehalten, an welcher Sr. Majestät und mehrere Erzherzoge Theil nahmen.

— Der kön. preussische Kriegsminister v. Moos sollte gestern bereits hier eintreffen.

— In voriger Woche erhielten — wie ein hiesiges Blatt erzählt — verschiedene in hiesigen Hotels eingekerkerte wohlhabende Fremde Briefe von einer Frauenhand geschrieben, in denen sie auf ein im Lazzenhofe wohnhaftes 18jähriges Mädchen aufmerksam gemacht wurden, dessen Adresse bis auf die Thürnummer ganz genau angegeben und die als ein Muster von Schönheit und — Unschuld gepriesen wurde. Einer der Fremden gab den erhaltenen Brief dem Besitzer des Hotels, in dem er sein Absteigquartier genommen, und durch Letztern wurde die unverkündete Einladung der Polizeibehörde überliefert. Diese eruierte, daß die Mutter des angepriesenen Mädchens, eine im Lazzenhofe wohnhafte Beamtenwitwe war. Letztere wurde in Folge dessen dem hiesigen k. k. Landesgerichte wegen Kuppelei angezeigt und in Untersuchung gezogen. — Einen tragischen Schluß hat dieser Vorfall dadurch erlitten, daß die Mutter des jungen Mädchens, wahrscheinlich aus Furcht vor den weiteren Folgen der gegen sie eingeleiteten Untersuchung, sich gestern Nachmittags den Hals abschnitt, nachdem sie versucht hatte, das unglückliche Mädchen zu morden, indem es ihr die Pulsadern öffnete. Die Mutter starb sofort und wurde ihre Leiche zur Obduktion in das allgemeine Krankenhaus gebracht. Die Tochter, deren Leben noch gerettet werden konnte, liegt im allgemeinen Krankenhaus.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Triest, 18. Juli. Der heute eingetroffene Lloyd-Dampfer „Progresso“ brachte Nachrichten aus Calcutta 19., Bombay 24. Juni. Die Pforte verbot die Ausfuhr persischer Pferde von Bassorah. Der Schah von Persien reklamirt den Besitz der Stadt Gwadel, des Endpunktes der indischen Telegraphenlinien an der Küste von Mesran; welche bisher im Besitze des Sultans von Muscat war.

Sermannstadt, 17. Juli. (Siebenbürgischer Landtag.) In der heutigen Sitzung waren 91 Mitglieder anwesend, die ungarischen Deputirten sind abermals weggeblieben. Es wurden durch das Los 9 Verifikationsausschüsse bestellt. Die nächste Sitzung findet nach Beendigung der Arbeiten der Verifikationsausschüsse statt.

Berlin, 18. Juli. Die „Norddeutsche Zeitung“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß der Zirkularerlaß des Grafen Eulenburg vom 28. Juni, welcher von der „Südd. Ztg.“ mitgetheilt wurde, nicht existirt und ganz erfunden ist.

Flensburg, 17. Juli. Der königl. Kommissär verweigert über die Gültigkeit der Wahl von Løndern abstimmen zu lassen. Die meisten deutschen Abgeordneten legten ihr Mandat nieder. Die Versammlung ist nicht beschlußfähig.

Karlsbad, 18. Juli. Der König von Preußen ist heute um 1 Uhr Nachmittag von Karlsbad nach Pilsen abgereist.

München, 17. Juli. Heute Abends hat die Schlußsitzung der Generalzollkongferenz stattgefunden; die Bevollmächtigten werden schon morgen abreisen.

Paris, 17. Juli. Die russische Antwortnote ist, der „France“ zufolge, angekommen. Baron Budberg hat dieselbe dem Minister des Aeußern mitgetheilt. Unsere Nachrichten — bemerkt die „France“ — besagen, die Note trage das Gepräge des Geistes großer Versöhnlichkeit. Die Note stimmt im Prinzip den sechs Punkten zu und gibt zu bemerken, daß Rußland in mehreren Punkten noch über die Wünsche Europa's hinausgegangen sei (devancé).

Fürst Gortschakoff nimmt das Projekt einer Konferenz an, indem er bemerkt, daß es wünschenswerth wäre, wenn die Beratungen nicht auf die polnische Frage beschränkt würden. Ueber den Waffenstillstand soll die Uebereinstimmung zwischen St. Petersburg und den drei Mächten keine vollständige sein. „France“ glaubt jedoch, Rußland werde den Waffenstillstand nicht systematisch ablehnen.

Paris, 18. Juli. „La France“ meldet: Die abschlägige Antwort Rußlands bezüglich des Waffenstillstandes (refus Russie sur armistice) ist positiv. Diese Hauptfrage (question capitale) wird Gegenstand lebhafter Unterhandlungen zwischen St. Petersburg und den drei Mächten werden. Die Antwort Rußlands wurde gestern nach Wlady gesendet und wird nächstens im „Moniteur“ erscheinen.

Brüssel, 17. Juli. Der Scheldegollvertrag wurde gestern unterzeichnet, und wird mit 1. August in Kraft treten.

Petersburg, 17. Juli. Die „Nordpost“ veröffentlicht ein kaiserliches Dekret bezüglich einer Rekrutierung von 10 Mann auf 1000 im Monat November angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse.

Konstantinopel, 17. Juli. Der Sultan ist von einem Auszuge nach den Westen im Marmora-Meer zurückgekehrt. Eine neue Vermehrung der Kriegesflotte wurde angeordnet.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 18. Juli (Dr. Stg. Abdt. Mittags 1 1/2 Uhr.) Die Börse eröffnete in günstiger Stimmung, schlug jedoch plötzlich auf die Nachricht von der Ausschreibung einer Refinanzierung in Russland in das Gegenheil nur Spekulationspapiere erlitten bei drängendem Ausgange einen raschen Rückgang, erhielten sich jedoch später wieder, und schlossen Kredit- und Nordbahn-Aktien nur noch um circa 1%, 1860er Lose um circa 1/4% billiger als gestern. Die übrigen Papiere wurden überhaupt nur wenig von dem Rückgange berührt. Fremde Valuten stellten sich um zwei bis drei Schtuel höher. Geld sehr flüssig.

Öffentliche Schuld.				Geld				Ware			
A. des Staates (für 100 fl.)				Geld				Ware			
In österr. Währung zu 5%	73.—	73.20		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Balfy zu 40 fl. EM.	37.—	37.50	
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.	96.—	96.50		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Clary " 40 " "	34.50	35.—	
deffo ohne Abschritt 1862	95.—	95.50		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		St. Venois " 40 " "	36.50	37.—	
National-Anleihen mit Zinnsch. Coupons	82.40	82.50		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Windischgrätz " 20 " "	21.25	21.75	
National-Anleihen mit April-Coupons	82.50	82.60		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Waldstein " 20 " "	20.50	20.75	
Metalliques " 5%	76.80	76.90		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Regelich " 10 " "	15.—	15.25	
deffo mit Mai-Coup.	76.90	77.10		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Wechsel.			
deffo " 4%	69.25	69.75		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		3 Monate.			
mit Verlosung v. Jahre 1839	159.—	160.—		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Geld			
" 1854	76.25	76.50		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Brief			
" 1860 zu 500 fl.	101.50	101.60		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Ausgabe für 100 fl. südd. W.			
zu 100 fl.	101.80	102.—		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Frankfurt a. M. deffo			
Come - Renten sch. zu 42 L. austr.	17.—	17.50		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Hamburg für 100 Mark Banco			
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		London für 10 Pf. Sterling			
Grundentlastungs-Obligationen.				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Paris für 100 Francs			
Nieder-Österreich zu 5%	87.75	88.—		Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Cours der Geldsorten.			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Geld			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Ware			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		K. Münz-Dufaten 5 fl. 30 1/2 fr.			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Kronen " 15 " 30 "			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Napoleons'or " 8 " 90 "			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Russ. Imperials " 9 " 14 "			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Bereinsthaler " 1 " 65 "			
				Öst. Karl-Ludw.-Bahn 200 fl.	202.—	202.50		Silber-Münz " 109 " 65 "			

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 18. Juli 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 77.—	Silber 109.65
5% Nat. Anl. 82.45	London 111.15
Banquiers . . . 797	R. f. Dufaten . . 5301
Kreditaktien . . 194.—	1860er Lose . . 101.55

Fahrordnung

der
Züge der k. k. Südbahn-Gesellschaft vom 1. Mai 1862 bis auf Weiteres.

a) Züge zwischen Laibach und Wien.

In der Richtung nach Wien.

Laibach Abfahrt Nachm.	1 Uhr 6 M.	n. Nachts 12 Uhr 51 M.
Steinbrück	3 " 27 " "	3 " 11 " "
Gill	4 " 16 " "	4 " " " "
Pragerhof	5 " 55 " "	5 " 39 " "
Marburg	6 " 31 " "	Früh 6 " 15 " "
Graz	Früh 8 " 54 " "	Abends 8 " 34 " "
Bruck a. M.	10 " 41 " "	10 " 23 " "
Neustadt	Nachm. 3 " 34 " "	Früh 3 " 35 " "
Wien Ankunft Früh	5 " 17 " "	Abends 5 " 25 " "

In der Richtung von Wien.

Wien Abfahrt Vorm.	9 Uhr 30 M.	n. Abends 9 Uhr 30 M.
Neustadt	11 " 27 " "	11 " 28 " "
Bruck a. M.	4 " 37 " "	4 " 25 " "
Graz	6 " 32 " "	6 " 18 " "
Marburg	8 " 46 " "	8 " 32 " "
Pragerhof	9 " 25 " "	9 " 11 " "
Gill	11 " 1 " "	10 " 46 " "
Steinbrück	11 " 53 " "	11 " 38 " "
Laibach Ankunft Nachm.	2 " 6 " "	Nachts 1 " 51 " "

b) Züge zwischen Laibach, Triest und Venedig.

Laibach Abfahrt Früh	2 U. 16 M.	Nachm. 2 U. 11 M.
Abelsberg	4 " 38 " "	4 " 34 " "
Nabresina	7 " 37 " "	7 " 32 " "
Triest Ankunft	8 " 20 " "	Abends 8 " 15 " "
Nabresina Abf. Früh	8 " 8 " "	9 " 50 " "
Venedig Ant. Nachm.	3 " 6 " "	Früh 6 " " "

In der Richtung von Venedig, Triest und Laibach

Venedig Abf. Abends	10 U. 26 M.	n. Vorm. 11 U. — M.
Nabresina Antf. Früh	6 " 5 " "	Abds. 6 " 56 " "
Triest Abfahrt	6 " 45 " "	6 " 45 " "
Nabresina	7 " 9 " "	7 " 46 " "
Abelsberg	10 " 26 " "	10 " 8 " "
Laibach Antf. Mittags	12 " 49 " "	Nachts 12 " 47 " "

Der **Gilzug** Nr. 2 von Wien nach Triest und vice versa geht jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Wien erfolgt Früh 6 U. 50 M.	Triest Abf. Früh 6 U. 30 M.
Graz Mittag 12 " 31 "	Laibach " 10 " 49 "
Gill Abends 3 " 39 "	Gill " Mts. 1 " 6 "
Laibach 5 " 45 "	Graz " Abds. 4 " 14 "
Triest Antf. Abds. 9 " 59 "	Wien Antf. " 9 " 36 "

c) In der Richtung von Sissel - Steinbrück.

Abfahrt von Laibach 1 Uhr 6 Min.	Nachmittags, Ankunft in Steinbrück Nachmittags 3 Uhr 19 Min.
Abfahrt von Steinbrück Nachm. 4 U. 25 M.	Ankunft in Agram um 6 Uhr 59 Min.
Abfahrt von Agram um 7 Uhr 14 M.	Ankunft in Sissel um 8 Uhr 45 M. Abends.

In der Richtung von Sissel - Steinbrück.

Abfahrt von Sissel Früh 6 Uhr 30 Min.	Ankunft in Agram um 8 Uhr 1 Min.
Abfahrt von Agram um 8 Uhr 16 Min.	Ankunft in Steinbrück um 10 Uhr 50 Min.
Abfahrt von Steinbrück 11 Uhr 38 Minuten.	Ankunft in Laibach 1 Uhr 51 Min. Nachm.

Fremden-Anzeige.

Den 17. Juli 1863.

Die Herren: v. Rhaup, k. k. Feldmarschall-Lieutenant in Pension, und — Pinder, k. k. Landes-Gerichtsrath, von Gottschee. — Die Herren: Wunsche, Fabrikant, und — Paril, Fabrikbesitzer, von Wien. — Hr. Schneider, Thierarzt, von Graz. — Hr. Morgese de laigle, von Paris. — Die Herren: Franovich, — Bosh, Kaufleute, und — Morpurgo, Grundbesitzer, von Triest. — Hr. Schrader, Kaufmann, von Nürnberg. — Hr. Bouzger, Handlungsreisender, von Vicenza. — Hr. Steiner, Agent, von Budweis. — Die Herren: Jelinek, Kaufmann, — Frisch, und — Hr. Bischof v. Altschtern, k. k. Hofrath, Wittve, von Wien.

Für Musiker.

Das sehr seltene Werk: **Encyclopädie der gesamten musikalischen Wissenschaften oder Universal-Lexicon der Tonkunst** von Dr. **Gustav Schilling** in 6 Halbbänden ist um 15 fl.; dann dessen: **Allgemeine Generalbasslehre**, 3. Auflage, um 2 fl. zu verkaufen, in der Gloriansgasse Nr. 97 im 2. Stocke gassenseits.

3. 1382. (1)

Bier-Depot-Anzeige.

Dem geehrten **P. T. Publikum**, besonders sämtlichen Herrn Gastwirthen in Laibach und Umgegend machen wir hiemit bekannt, daß wir in der Bierhalle in der St. Peters-Vorstadt Nr. 85 eine Niederlage von vortrefflichen Bieren eröffnet haben, deren Verschleiß Herr **Kaspar Gaifer** allort besorgen wird.

Lagerbier in 1 oder 2 Eimer - Gebinden.

Märzenbier ddo. ddo.

Jedes Faß vom Eiskeller.

Gebrüder Fabian in Graz.

3. 1359. (2)

Unentbehrlich für Schweinezüchter!!

Mr. Tetley's

Heilpulver für Schweine.

Das beste durch mehr als tausendfältige Erfahrungen erprobte Heilmittel in den meisten Krankheiten des Vorstenviehes, und das zuverlässigste Präservativ gegen Seuchen.

Preis eines Paquetes à 12 Loth Wiener Gewicht 36 kr. öst. Währ.

Dann:

Mr. Tetley's

Nähr- und Mastpulver für Schweine,

um bei Schweinen die größtmögliche Quantität und vorzüglichste Qualität an **Fleisch** und **Fett** zu erzielen.

Preis eines Paquetes à 1 Pfund Wiener Gewicht 40 kr. öst. Währ.

Zentralversendungs-Depot einzig und allein:

bei Apotheker **Dom. Rizzoli in Neustadt in Krain.**

Depots außerdem:

in Laibach:	bei Herrn Ed. Prucker.	in Landstraß:	bei Herrn J. Schettins.
" "	" Gustav Stedry.	" St. Barthelmä:	" Val. Oblack.
" "	" Karl Achtschin.	" St. Cantian:	" J. Globeunik.
" Bischofslack:	" Rudolf Naglic.	" Rassenfuß:	" Frau Pibernik.

3. 1367. (2)

Gesucht wird:

Eine **Köchin**, die eine gute bürgerliche Kochkunst versteht, deutsch und krainisch spricht, — nebst einem **Stubenmädchen**, die Råhen kann, beide von gutmüthigem Charakter sind, werden allsogleich bei dem Güterverwalter Herrn **Adolf Gaudia** zu Rassenfuß aufgenommen. Solide Personen werden so wie zur Familie gehörend behandelt. Das Nähere durch frankirte Briefe.